

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Wahl in Süd-Korea

(spk) Der süd-koreanische Staatschef Roh Tae Woo hat am Mittwoch erneut bekräftigt, die Benennung des Präsidentschaftskandidaten der regierenden Demokratisch-Liberalen Partei (DLP) in einer demokratischen Wahl zu bestimmen. Es wäre das erste Mal, dass ein Kandidat der Regierungspartei nicht durch den amtierenden Präsidenten ausgewählt würde.

Patriot nicht zuverlässig

Amerikanische Militärs haben eingestanden, dass die amerikanischen Patriot-Abwehrraketen im Krieg gegen den Irak weit weniger erfolgreich waren als zunächst angenommen. Wie die «Washington Post» am Mittwoch unter Berufung auf eine Studie der Armee berichtete, seien 24 der 86 irakischen Scuds getroffen worden. Nur in zehn Fällen habe eine Patriot-Rakete jedoch den Sprengkopf in der Luft zerstört oder in einen harmlosen Blindgänger verwandelt.

Justizminister Michalek und Wille besprachen Europa-Rechtsfragen

Besuch des österreichischen Justizministers Dr. Nikolaus Michalek in unserem Land – Traditionell gute Beziehungen im Justizbereich

(G.M.) – Europäische Rechtsfragen, insbesondere im Zusammenhang mit dem EWR-Vertrag, standen im Mittelpunkt des Gesprächs zwischen dem österreichischen Justizminister Dr. Nikolaus Michalek und Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille als Ressortinhaber für Justiz. Justizminister Michalek war gestern vormittag zu einem Besuch in unserem Land eingetroffen und wird heute mittag nach einer Ordensverleihung auf Schloss Vaduz wieder nach Wien zurückreisen.

Es gehört zu den Traditionen in den Beziehungen zwischen Österreich und Liechtenstein, dass der jeweilige Justizminister auf Besuch in unser Land kommt. Die Rechtsbeziehungen Liechtensteins zu Österreich gehen schon weit in die Geschichte zurück, doch auch in jüngster Zeit wurden österreichische Gesetze rezipiert. Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille erklärte vor dem Besuch des österreichischen Justizministers, dass beim Arbeitsgespräch vor allem europäische Rechtsfragen im Mittelpunkt stehen würden. Am Arbeitsgespräch

gestern nachmittag nahmen auf liechtensteinischer Seite auch Ressortsekretär lic. iur. Marzell Beck, Landgerichtsvorstand Dr. Franz Rederer und Staatsanwalt Dr. Gert Frommelt teil.

Zu den europäischen Rechtsfragen zählt die Schaffung einer Strafnorm für die Geldwäscherei, die Rechtshilfe sowie die Übernahme der Gesetze aufgrund des EWR-Abkommens. Eirne Vorlage gegen die Geldwäscherei würde von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille bereits 1989 in die Vernehmlassung geschickt, doch stiess dieser Vorschlag nach seinen Angaben nicht allort auf Gegenliebe. Inzwischen arbeitet auch Österreich an einer Strafnorm, so dass es möglich erscheint, dass Liechtenstein diese Norm aus dem novellierten österreichischen Strafgesetzbuch übernimmt.

Zur Sprache kamen auch, wie Regierungschef-Stellvertreter Wille erklärte, das sogenannte Lugano-Abkommen über Zivil- und Handelssachen. Dieses Abkommen ist von Österreich bisher nur unterzeichnet, aber nicht ratifiziert worden.



Der österreichische Justizminister Dr. Nikolaus Michalek traf gestern zu einem Besuch in unserem Land ein. Zuerst stattete er Regierungschef Hans Brunhart und Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille einen Höflichkeitsbesuch ab, bevor er sich mit Vertretern des Justizressorts, des Landgerichts und der Staatsanwaltschaft zu einem Arbeitsgespräch zusammensetzte. (Bild: Brigitt Risch)

Reservenabbau wurde mit der Landesrechnung 1991 weitergeführt

Die Regierung legte die ersten Zahlen über den Abschluss der Landesrechnung vor – Erhebliche Steigerung der laufenden Ausgaben

(G.M.) – Die Eckdaten der Landesrechnung 1991, über die wir in unserer gestrigen Ausgabe bereits kurz berichteten, sind vergleichsweise erfreulich. Aus der laufenden Haushaltsrechnung resultierte ein Ertragsüberschuss von 3,4 Mio. Fr. und im Investitionshaushalt blieben rund 13 Prozent der budgetierten Investitionen unausgeschöpft. Doch können diese Zahlen nicht darüber hinwegtäuschen, dass einerseits erhebliche Mehreinnahmen im Fiskalbereich das Resultat des Budgets entgegen den Erwartungen verbesserten und andererseits nochmals ein Abbau der Reserven erfolgen musste, um zu diesem erfreulichen Ergebnis zu gelangen.

Als das Budget 1991 im Landtag zur Beratung stand, waren sich beide Fraktionen im Parlament einig, dass sich die Staatsfinanzen auf einer schiefen Ebene befanden, die wenig verheissungsvolle Perspektiven für die Zukunft eröffnete. Erneut wies damals die FDP-Fraktion auf die verhängnisvolle Rolle hin, die ein steter Abbau von Finanzreserven in einer wirtschaftlich von Hochkonjunktur geprägten Zeit spielen könnte. Die FDP-Aufrufe zur Sparsamkeit wurden zu jenem Zeitpunkt erstmals auch von der VU-Fraktion geteilt, die in einem verzweifelten Versuch, das finanzpolitische Gesicht zu wahren, einzelne Kürzungsvorschläge unterbreitete und teilweise auch durchsetzte, die zum Teil in der Zwischenzeit durch Nachtragskredite wieder aufgehoben wurden.

Vergleich mit Vorjahresbudget

Der Vergleich zwischen Budget und effektivem Rechnungsergebnis lässt erkennen, dass die Voranschlagszahlen weder im Einnahmen- noch im Ausgabenbereich eingehalten werden konnten. Ob diese Abweichungen im «normalen Streubereich» liegen, wie bei früherer Gelegenheit etwa vom Finanzminister erklärt worden war, bleibt der Auffassung des einzelnen – und natürlich des Landtags – überlassen. Mehreinnahmen von rund 10 Mio. Fr. allein im Bereich der Steuererträge sind allerdings nicht dazu angetan, von einer Budgetierung zu sprechen, die allein auf dem Begriff «vorsichtig» aufbaut, wie Regierungschef Hans Brunhart anlässlich der Budgetberatung ausführte.

Wichtig erscheint auch der Vergleich mit dem Vorjahresbudget, denn daran lässt sich die Steigerungsrate, die in Aussicht genommen wurde, ermassen. Die Aufwendungen der laufenden Rechnung wurden mit 359,6 Mio. Fr. budgetiert, insgesamt gab der Staat jedoch 361,8 Mio. Fr. aus, womit die zusätzlichen Aufwendungen 2,1 Mio. Fr. betragen. Im Vergleich zum Budget 1990 mit geplanten Ausgaben von 328,4 Mio. Fr. ergibt sich jedoch eine Steigerung von 33,4 Mio. Fr. innerhalb eines Jahres. Allein aus dieser Zahl wird ersichtlich, dass die Mahnung

des FDP-Fraktionssprechers Dr. Alois Ospelt bei der Budgetberatung, den «ungebändigten Anstieg der Staatsausgaben» zu bremsen, nicht aus der Luft gegriffen war oder parteipolitischen Überlegungen entsprang.

Weiterer Abbau von Reserven

Die Sorge der FDP-Fraktion bei der Beratung des Budgets 1991 galt dem Abbau der Reserven. Anhand der damals vorliegenden Zahlen gab Dr. Alois Ospelt als damaliger FDP-Fraktionssprecher zu verstehen, dass die Begeisterung über den Finanzrahmen sich in engen Grenzen halte, denn «Aufwand und Ertrag können nämlich nur mit einem vermehrten Rückgriff auf die Reservefonds im Gleichgewicht gehalten werden.» Zwar konnte der Griff in die Reserven dank der höher zufließenden Fiskalerträge geringer als budgetiert gehalten werden, doch erneut mussten Finanzreserven für das Gleichgewicht im Staatshaushalt zum Einsatz gelangen. Die Fondsentnahmen waren mit 71,5 Mio. Fr. brutto budgetiert, effektiv wurden 51,1 Mio. – also 20,4 Mio. Fr. weniger – gebraucht. Das Budget sah Netto-Fondsentnahmen von 35,1 Mio. Fr. vor, womit nach den Minderentnahmen ungefähr 15 Mio. Fr. als Reservenabbau übrigbleiben. Auf diese Zahl stösst man auch, obwohl sie in den gegenwärtig vorliegenden Daten nicht ge-

sondert ausgewiesen wird, wenn man die Gesamtausgaben mit den Gesamteinnahmen vergleicht: Der Staat verzeichnete im vergangenen Jahr Ausgaben von 408,6 Mio. Fr. und Einnahmen von 393,3 Mio. Fr. Daraus resultieren Mehrausgaben von 15,3 Mio. Fr.

Die von der Regierung veröffentlichten Zahlen und die Kommentierung der Eckdaten weisen jedoch weniger auf diesen Umstand als auf den guten Abschluss der laufenden Rechnung und auf die Minderungen in der Investitionsrechnung hin. Dabei hatte Regierungschef Hans Brunhart vor der Budgetberatung selbst betont, dass «eine der wichtigsten Zielsetzungen der Finanzpolitik der kommenden Jahre» sei, sich einen «Freiraum für die politische Gestaltungsmöglichkeit zu erhalten.» Dieser Freiraum ist durch die weniger hohen Reserve-Entnahmen etwas grösser geblieben als ursprünglich angenommen, aber wieder ein Stückchen kleiner geworden. Auch hatte er dem Landtag mitgeteilt, dass es notwendig werde, «Gegenmassnahmen zu setzen» zum Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben. Von Gegenmassnahmen ist vorerst noch wenig zu spüren, aber Glück war im Spiel, dass allein bei den Steuereinnahmen 10 Mio. Fr. über die geschätzten Vorstellungen in die Staatskasse flossen.

Bundesrat diskutiert Integrationsbericht

Bern (AP) Der Bundesrat hat seine Klausursitzung am Mittwoch dem Thema Europa gewidmet. Vorgesehen war eine erste Aussprache über den dritten Integrationsbericht, wie Vizekanzler Achille Casanova bekanntgab. Zudem wollte die Landesregierung am Vorabend der erwarteten zweiten Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes über den Vertrag für einen gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraum (EWR) die offenen Fragen besprechen. Weiteres Thema der Klausursitzung war Casanova zufolge das Eurolex-Programm, womit das Schweizer Recht im Falle des Zustandekommens des EWR dem Gemeinschaftsrecht angeglichen werden soll. Der Integrationsbericht, der unter anderem erklärt, warum sich der Bundesrat den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft (EG) zum Ziel gesetzt und welche Folgen die europäische Integration hat, wird gemäss Casanova nicht in den nächsten Tagen veröffentlicht.

Schweiz anerkennt Bosnien-Herzegowina

Bern (spk) Die Schweiz anerkennt Bosnien-Herzegowina. Der Bundesrat hat damit zwei Tage nach den EG-Staaten und einen Tag nach den USA nachgezogen und die völkerrechtliche Anerkennung der jugoslawischen Republik durch die Schweiz ausgesprochen. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) wurde beauftragt, mit Bosnien-Herzegowina diplomatische Beziehungen aufzunehmen.

Italien: Koalitionsgespräche nach allen Seiten

Democrazia Christiana schliesst Koalition auch mit PDS nicht mehr aus

Rom (spk/dpa) Die Christlich-Demokraten (DC) in Italien, die grossen Verlierer der Parlamentswahl, wollen mit mehreren Parteien, darunter auch die früheren Kommunisten der Demokratischen Partei der Linken (PDS), Gespräche über eine Koalition führen. Dies wurde nach Beratungen der DC-Führung am Dienstagabend und am Mittwoch deutlich.

«Wir wollen mit allen sprechen, die in Frage kommen, also den Republikanern, den Grünen und der PDS», sagte DC-Chef Orlando Forlani am Dienstagabend, der entgegen ersten Ankündigungen nach der Wahlschlappe der DC nicht zurücktrat. Forlani betonte, es gehe nach dem «politischen Erdbeben» nun darum, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes zu lösen sowie die notwendigen institutionellen Reformen durchzusetzen.

Die bisherige christlich-demokratisch geführte Koalition mit Sozialisten, Liberalen und Sozialdemokraten hatte bei den Wahlen am Sonntag und Montag nur knapp die Mehrheit der Sitze in beiden Häusern des Parlaments erzielt. In der Abgeordnetenkammer hat sie zwar 331 der 630 Sitze, aber angesichts der quer durch die Parteien verlaufenden Meinungsunterschiede über fundamentale Fragen wird einem neuen Vier-

erer-Bündnis nur wenig Aussicht auf Erfolg eingeräumt.

Cossigas Meinung

Auch Staatspräsident Francesco Cossiga forderte die 1991 aus der KPI hervorgegangene PDS auf, «das Rote Meer hinter sich zu lassen und ins versprochene Land zu kommen». Er habe sich die PDS schon seit langem in der Regierung gewünscht, «diese aber hat es nicht verstanden», so Cossiga in Washington während eines offiziellen Staatsbesuchs.

PDS-Chef Achille Occhetto allerdings erinnerte in einem am Mittwoch veröffentlichten Gespräch Cossiga an dessen Ankündigung, vor dem Ablauf seiner Amtszeit im Juli zurückzutreten, damit die Diskussion über den Nachfolger unbelastet geführt werden könne. Auch die PDS hatte im Vergleich zum Wahlergebnis der KPI 1987 erheblich

verloren und kam nur noch auf 16,1 Prozent der Stimmen.

Lega Nord für Neuwahlen

Der Chef der siegreichen rechtgerichteten Lega Nord, Umberto Bossi, sagte, er könne jeder Regierung beitreten, die grundlegende Reformen verwirklichen wolle. Am wichtigsten sei die Verwirklichung eines föderativen Systems in Italien. «Aber es gibt zu viele Parteien im Parlament, es müssten bald wieder Neuwahlen ausgeschrieben werden», meinte Bossi.

Auch die Partei der Liebe mit den Porno-Stars Moana Pozzi und Ilona Staller (Cicciolina) an der Spitze gehört zu den Verlierern der Wahl. Pozzi kam in ihrem Wahlkreis in Rom nicht über 0,6 Prozent hinaus. Auch Cicciolina konnte in der Region Latium nicht genügend Stimmen für einen Sitz im Parlament auf sich vereinigen.

DS-140, Design: Reto Frigg

deSede-Handwerk.
Die Liebe zum Detail.

Ursprüngliches, natürliches Leder und ausgewählte Stoffe – verarbeitet nach höchsten Qualitäts-Massstäben. deSede. Spürbare Handwerkskunst made in Switzerland.

deSede
of Switzerland
handmade

THONY

FL-9494 Schaan
Böschstrasse 16
Tel. 075-2 44 22

WOHNEN

RENOMMIERTESTEN
ZWANZIG DER WELTWEIT

huber

SCHWEIZER MARKENUHREN

EBEL
les architectes du temps